

Protokoll Nr. 1 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Sitzungstermin: Dienstag, 25.01.2022
Beginn der Sitzung: 17:03 Uhr
Ende der Sitzung: 18:46 Uhr
Sitzungsort: Nordseehalle, Früchteburger Weg 17-19

Anwesend:

Vorsitzende

Kruse, Doris

SPD-Fraktion

Götze, Horst
Rosema, Swantje

CDU-Fraktion

Ohling, Albert

Gruppe GRÜNE feat. Urmel

Ouedraogo, Abdou

FDP-Fraktion

Meyer, Henning

GfE-Fraktion Grundmandat

Hencke, Knut

Gruppe DIE FRAKTION Grundmandat

Mennenga, Lars

Stimmberechtigte Sonstige Mitglieder

Gembler, Hella
Kamer, Stefan
Meinen, Regina
Winkler, Melanie

Beratende Mitglieder

Grimm, Rena
Jebens, Christoph
Reibe, Ulf
Sprengelmeyer, Thomas

Vertreterin der Ev. ref. Kirchengemeinde
(bis 18:40 Uhr)
Stadtjugendpfleger
Leiter des Jugendamtes

Verwaltungsvorstand

Jahnke, Horst

Erster Stadtrat

von der Verwaltung

Christians, Jörg
Groeneveld, Michael
Janßen, Ralf
Jaspers, Thomas
Seul, Elisabeth

Protokoll Nr. 1 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Protokollführung

Bleeker, Sonja

Gast

Göring, André

Öffentlicher Teil

TOP 1 Eröffnung der Sitzung und Feststellung der Beschlussfähigkeit

Frau Kruse begrüßt die Anwesenden und eröffnet die Sitzung.

Beschluss: Die Beschlussfähigkeit wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 2 Feststellung der Tagesordnung

Beschluss: Die Tagesordnung wird festgestellt.

Ergebnis: einstimmig

TOP 3 Verpflichtung der sonstigen stimmberechtigten Mitglieder gemäß § 54 (3) NKomVG

Frau Kruse nimmt die Verpflichtung der sonstigen stimmberechtigten und beratenden Mitglieder Hella Gemblar, Stefan Kamer, Regina Meinen, Melanie Winkler, Rena Grimm und Christoph Lebens gemäß § 54 (3) NKomVG vor.

TOP 4 Einwohnerfragestunde

Es werden keine Fragen gestellt.

MITTEILUNGSVORLAGEN

TOP 5 Vorstellung des Budgets 2022 für den Fachbereich 600 Jugend, Schule und Sport
Vorlage: 18/0189

Herr Sprengelmeyer begrüßt die Mitglieder des Ausschusses sowie die Gäste. Einleitend erläutert er, dass der Fachbereich 600 den Jugendhilfe-, Schul- und Sportausschuss betreue. Das Budget sowie auch die Produkte und Leistungen der Fachdienste dieses Fachbereiches seien

Protokoll Nr. 1 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

miteinander verwoben. Ursprünglich sei eine gemeinsame Sitzung des Jugendhilfe-, Schul- und Sportausschusses geplant gewesen. Diese Sitzung sei aufgrund der hohen Personenanzahl verschoben worden. Im Rahmen eines noch zu terminierenden Workshops solle, sofern es die Corona-Lage dann zulasse, auf die Inhalte eingegangen werden.

Anhand einer Power-Point-Präsentation gibt er einen Überblick über das Budget sowie die strategische Zielsetzung, die Aufbauorganisation und die Ausrichtung des Fachbereiches 600. Zudem geht er auf die mittelfristige Budgetplanentwicklung der Jahre 2020 bis 2025 ein. Der Schwerpunkt liege auf dem Jahr 2022. Zwischenfragen könnten gestellt werden. Weiterführende inhaltliche Fragen würden in einem Themenspeicher für den Workshop aufgenommen.

Anschließend erläutern die Fachdienstleiter **Herr Groeneveld** (Fachdienst Schule, Bildung und Sport), **Herr Janssen** (Fachdienst Jugendhilfe), **Herr Jaspers** (Fachdienst Jugendförderung), **Herr Christians** (Fachdienst Kinder und Familien) und **Herr Sprengelmeyer** (stellvertretend für Herrn Frein/FD Sozialer Dienst) die Budgets der jeweiligen Fachdienste und gehen dabei auch auf die Risiken und Schwerpunkte ein.

Die Gesamt-Präsentation des Fachbereiches 600 ist unter www.emden.de einsehbar.

Frau Kruse bedankt sich für die Vorstellung und bittet um Wortmeldungen.

Herr Ohling nimmt Bezug auf die von Herrn Janssen angesprochene prozentuale Rückholquote und bittet um nähere Erläuterung.

Herr Janssen erklärt, die Rückholquote setze sich zusammen aus den tatsächlichen Ist-Ausgaben und Ist-Einnahmen des jeweiligen Jahres. Sie sei unabhängig von den Abführungen an das Land. Grundsätzlich erstatte das Land 80% der Aufwendungen. 40% der Einnahmen würden von diesem Betrag in Abzug gebracht. Insoweit erhalte die Stadt etwas weniger als 80 %. 60% der Einnahmen verblieben somit bei der Stadt.

Herr Göring spricht das Thema Pflegefamilien und die dadurch entstehenden Kosten an. Er fragt, wo diese Kosten einbezogen würden. Zudem möchte er wissen, ob Pflegeeltern als Mitarbeitende der Stadt gezählt würden.

Herr Sprengelmeyer erklärt, Pflegeeltern seien keine Mitarbeitende der Stadt. Die Kosten für Pflegefamilien würden zu den Transferaufwendungen zählen. Pflegeeltern würden frei arbeiten oder über einen freien Träger. Für die Zahlung des Pflegegeldes gebe es feste Sätze. Die Unterbringung in Pflegefamilien sei sehr viel günstiger als in einer Einrichtung. Zur Gewährung einer Hilfe werde allem voran ein Hilfeplanverfahren eingeleitet. Dies beinhalte auch die Art der Unterkunft, d. h. die Entscheidung, ob ambulante oder stationäre Hilfe benötigt werde. Teilweise müssten Pflegefamilien über bestimmte Qualifikation verfügen. Bei den stationären Einrichtungen gebe es u. a. spezielle Gruppen, wie beispielsweise für traumatisierte Kinder. Demzufolge seien die Kosten sehr unterschiedlich. Im Bereich der stationären Unterbringung würden die Tagessätze zwischen 250 € bis 300 € liegen. Es gebe aber auch Tagessätze bis zu 500 €. Entgeltverhandlungen mit freien Trägern seien zu führen. Er bittet Herrn Janssen um Nennung der genauen Sätze.

Herr Janssen antwortet, er könne die genauen Tagessätze nicht nennen. Er ergänzt, das Pflegegeld für Pflegeeltern liege zwischen 800 € bis 1.000 € pro Monat. Dieses setze sich aus einem Erziehungsbeitrag und materiellen Aufwendungen zusammen. Gemäß der Richtlinie würden zusätzlich einmalige Beihilfen oder Zuschüsse gezahlt. Diese Aufwendungen würden im Bereich der Transferaufwendungen abgebildet.

Protokoll Nr. 1 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

Für den Bereich Pflegefamilien würden auch Kosten bei den sonstigen ordentlichen Aufwendungen anfallen, weil Kinder leider auch in anderen Landkreisen untergebracht werden müssten. Nach zwei Jahren wechsele die örtliche Zuständigkeit an den Ort der Pflegestelle. Originär bleibe die Stadt jedoch zuständig und müsse die Kostenerstattungen leisten. Die Anzahl der Fälle im Bereich Kostenerstattungen seien nicht planbar.

Anmerkung der Protokollführung:

Tagessätze laut Mitteilung von Herrn Janssen, FD Jugendhilfe:

	<i>Altersstufe (Jahre)</i>	<i>Materielle Auf- wendungen (EUR)</i>	<i>Kosten der Erziehung (EUR)</i>	<i>Gesamtbetrag (EUR)</i>
<i>I.</i>	<i>0 bis 5</i>	<i>585</i>	<i>255</i>	<i>840</i>
<i>II.</i>	<i>6 bis 11</i>	<i>692</i>	<i>255</i>	<i>947</i>
<i>III.</i>	<i>ab 12</i>	<i>787</i>	<i>255</i>	<i>1.042</i>

Daneben gibt es Sonderformen aufgrund des sozialpädagogischen Bedarfs.

Kindergeld wird zu 50% oder zu 25% (wenn das Pflegekind nicht das älteste Kind in der Pflegefamilie ist) in Abzug gebracht.

Herr Götze nimmt Bezug auf die Ausführungen von Herrn Jaspers zum Thema Jugendberufsagentur und erkundigt sich nach dem Sachstand. Weiter beklagt er, dass das Hinweisschild für die Jugendberufsagentur nicht gut sichtbar sei. Er regt an, das Hinweisschild näher an den Steinweg zu setzen, damit es auch von Jugendlichen wahrgenommen werde. Er plädiere grundsätzlich dafür, den Übergang Schule-Beruf zu fördern.

Herr Jaspers stimmt zu, die Jugendberufsagentur solle für Jugendliche ersichtlich sein. Es sei festgestellt worden, dass die drei Institutionen (Jugendbüro der Stadt Emden, Jobcenter und Agentur für Arbeit) zumindest zum Ende des letzten Jahres unterschiedlich mit der Corona Situation umgegangen seien. Dennoch seien die Ansprechpartner zu festen Öffnungszeiten vor Ort. Termine würden von Jugendlichen wahrgenommen. Schulen seien eingeladen worden und mit der Schulsozialarbeit stehe man ebenfalls in Kontakt. Er sei zuversichtlich, zum Sommer, wenn die Pandemie-Lage sich hoffentlich positiv verändert habe, eine andere Frequenz zu erreichen.

Als Plädoyer hält **Herr Sprengelmeyer** abschließend fest, die Verantwortungsgemeinschaft von Rat und Verwaltung sei aufgefordert, eine Balance herzustellen zwischen dem Leitziel „*Finanzielle Eigenständigkeit und Handlungsfähigkeit der Stadt Emden sicherzustellen und erhalten*“ und dem Anspruch, Kindern, Jugendlichen, Erwachsenen und Senioren Rahmenbedingungen für ein gelingendes Leben anbieten zu können, als Voraussetzung für eine wirtschaftliche und sozial-friedliche Weiterentwicklung der sozialen Gemeinschaft Stadt Emden.

Herr Göring hebt die gewaltige Herausforderung hervor. Seiner Ansicht nach müsse intensiv an der Gestaltung gearbeitet werden. Bei allen Diskussionen um das Geld dürfe nicht vergessen werden, dass es um Menschen gehe. Nichtsdestotrotz sei es wichtig, die Handlungsfähigkeit sicherzustellen und zu erhalten. Für die betreffenden Menschen, nämlich Kinder und Jugendliche, seien Lösungen mit besonderem Augenmaß zu finden.

Frau Kruse bedankt sich bei Herrn Göring für die Wortmeldung. Sie gehe davon aus, dass der gesamte Ausschuss dies ebenfalls so sehe.

Ergebnis: Kenntnis genommen.

Protokoll Nr. 1 über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses

TOP 6 Mündliche Mitteilungen des Oberbürgermeisters

Es liegen keine Mitteilungen vor.

TOP 7 Anfragen

Es liegen keine Anfragen vor.

Die Vorsitzende schließt die Sitzung.